

Lehrkräfte zwischen Skylla und Charybdis

Impressum

Der_Die Autor_in dieser Publikation bleibt anonym aufgrund der repressiven Maßnahmen der russischen Regierung gegen Dissidenten. Seine_Ihre Identität ist dem Russlandprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung bekannt.

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Germany

www.russia.fes.de
info.russia@fes.de

Herausgebende Abteilung

International Cooperation Department,
Russia Program of the FES

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Alexey Yusupov

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Dezember 2025
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
↗ www.fes.de/publikationen

Dezember 2025

Lehrkräfte zwischen Skylla und Charybdis

Inhalt

Jahre der Zeitlosigkeit	5
Lehrer:innen	6
Formen des Widerstands.....	6
Fazit	9
Quellenverzeichnis.....	10

Lehrkräfte zwischen Skylla und Charybdis

Russland reformiert seine Schulen. Die Reform startete mit dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine, und ist zunehmend auch auf die Förderung von Loyalität gegenüber dem Staat und Patriotismus ausgerichtet. Die vorliegende Studie basiert auf Interviews mit Lehrkräften der Fächer Geschichte und Sozialkunde, die dem ideologischen Druck besonders stark ausgesetzt sind. In den Gesprächen berichteten die Lehrkräfte, wie die Veränderungen im Schulalltag wahrgenommen werden.

Staatliche Schulen in Russland sind seit Langem eine Institution, die unabhängigen Forscher:innen weitgehend verschlossen bleibt. In den letzten Jahren hat die zunehmende ideologische und administrative Kontrolle über schulische Abläufe die ohnehin schon vorhandene Zurückhaltung gegenüber Außenstehenden weiter verstärkt. Bei der Suche nach Gesprächspartner:innen wurde daher auf persönliche Kontakte und Empfehlungen zurückgegriffen. Das war in diesem Bereich schon immer mit Herausforderungen verbunden – doch vor 10-15 Jahren hatten die Interviewten noch keine Angst, ihre Meinung zu sagen. Trotz der Empfehlungen war eine deutliche Angst vor unbestimmten Risiken spürbar – nach dem Motto: „Was, wenn etwas schiefgeht?“ Eine der befragten Personen brachte es so auf den Punkt: „Wir sind alle wie eingefroren... Wir sprechen lieber nicht, wenn es nicht unbedingt sein muss; wir fragen nicht, wenn es nicht unbedingt sein muss; wir äußern uns nicht, wenn es nicht unbedingt sein muss...“.¹

Trotz dieser Befürchtungen und vieler Absagen war ein Dutzend Gesprächspartner:innen bereit, an der Studie teilzunehmen. Das waren Geschichts- und Sozialkundelehrer:innen, die an russischen staatlichen Schulen unterschiedlicher Stufen in großen und kleinen Städten unterrichten. Die Gespräche fanden zwischen September und November 2024 statt.

¹ Privatschulen wurden in dieser Studie nicht berücksichtigt. Sie nehmen im russischen Schulsystem eine Sonderstellung ein: Sie sind weniger stark in die Machtvertikale eingebunden und können sich dem ideologischen Druck weitgehend entziehen, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Die Einschätzungen darüber, wie Privatschulen mit dieser relativen Freiheit umgehen, fielen deutlich unterschiedlich aus. Eine vertiefte Diskussion dieser Unterschiede würde jedoch den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Aus den erhobenen empirischen Daten gehen bestimmte Muster hervor, die verschiedenen Schulen gemeinsam sind. Zusätzlich gab es auch Besonderheiten, die für jene Schulen typisch waren, die wir als elitär bezeichnen würden.²

Jahre der Zeitlosigkeit

Die Gesprächspartner:innen bezeichnen das Jahr 2014 (genauer – die Annexion der Krim durch Russland) als den Beginn der radikalen Umgestaltung des russischen Schulunterrichts, insbesondere im Fach Geschichte. Eine Person erinnert sich sogar daran, dass es bereits 2009 ein erstes Eingreifen seitens der Behörden gab, als ein fachdidaktischer Berater Vorgaben für den Unterricht über die Stalinzeit machte:

„...die Industrialisierung und Kollektivierung soll stärker betont werden, aber auf eine positive Weise; man soll weniger über Repression sprechen...“ <...> Das war das erste Warnsignal. Aber, wie gesagt, da änderte sich zunächst nichts grundlegend. Bis 2014 <...> war alles mehr oder weniger in Ordnung. Das heißt, es gab keinen ernsthaften Druck. Man konnte beliebige Lehrbücher auswählen und einfach nur unterrichten. <...> ...ab 2014 beginnt dann dieses aktive Eingreifen – besonders in den Geschichtsunterricht.“

Die Befragten berichteten viel über die neue formalisierte Praktiken, die nach dem Kriegsbeginn in den Schulen eingeführt wurden. Dazu gehören neue Pflichtfächer („Ge-

² Der Begriff „Eliteschule“ wird hier nicht eindeutig definiert. Vielmehr haben wir uns auf die Selbsteinschätzung der Befragten gestützt. Als Eliteschulen gelten hier solche Schulen, die in der Region einen hohen Bekanntheitsgrad genießen und als besonders leistungsstark wahrgenommen werden. Sie sind bei Eltern beliebt, die ihren Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen wollen. Die Aufnahme ist oft mit einem Auswahlverfahren verbunden, und das Lehrpersonal verfügt in der Regel über besonders hohe Qualifikationen.

spräche über das Wichtige“, „Grundlagen der Sicherheit und Verteidigung des Vaterlandes“), ideologisch gefärbte Schulbücher, sowie widersprüchliche und teils absurde methodische Leitfaden für Lehrende, ideologische Indoktrination, Spendensammlungen für die Front, das Weben von Tarnnetzen, ein verstärkter Einsatz patriotischer Symbole, Briefe an Soldaten usw. Viele dieser „Innovationen“ wurden sowohl in Interviews mit Lehrkräften und Schüler:innen, als auch in journalistischen Berichten beschrieben (Zotova, 2023; Zotova, Kiseleva, 2023; Inkina, 2023; Kolesnikov, 2024; usw.).

Lehrer:innen

Unter den Befragten waren Menschen mit sehr unterschiedlichen politischen und persönlichen Haltungen: Angefangen mit solchen Menschen, die in erster Linie arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, bis hin zu denjenigen, die ihre Arbeit als eine Berufung betrachten; von völlig linientreuen Lehrkräften bis hin zu klaren Oppositionellen. Es wurden drei Typen von Lehrenden identifiziert – je nach den individuellen Strategien, mit denen sie auf die rasch wechselnde Situation reagieren:

1. Politisch loyale Lehrkräfte: Diese Gruppe folgt allen Vorgaben, passt sich bereitwillig den Anforderungen an, übernimmt die offizielle Sichtweise und entwickelt mitunter sogar eigene Projekte zur ideologischen Verstärkung der offiziellen Linie. Solche Aktivitäten erscheinen dann als Basisinitiativen „von unten“, in denen die staatlich geförderte patriotische Erziehung der jungen Generation kreativ weiterentwickelt wird³. Im Rahmen der Untersuchung gab es keine direkten Gespräche mit Vertreter:innen dieser Gruppe; ihre Beschreibung stützt sich auf die Schilderungen anderer Lehrkräfte.

2. Abwartende Haltung: Unabhängig von ihrer persönlichen Einstellung gegenüber den aktuellen Veränderungen entscheiden sich die meisten Lehrkräfte dafür, die Anweisungen von oben möglichst nicht zu hinterfragen oder zu bewerten. Sie setzen um, was von ihnen verlangt wird – oder erwecken zumindest diesen Eindruck. Sie handeln ohne besonderen Eifer, aber pflichtbewusst. Dieses Verhalten zeigt sowohl hochqualifizierte Fachlehrkräfte als auch Personen, die vor allem aus finanziellen Gründen in den Schuldienst gekommen sind.

3. „Sabotage“: Praktiken der Umgehung offizieller Vorgaben. Ein Teil der Lehrkräfte („Oppositionelle“) widerersetzt sich Neuerungen, die sie für sinnlos oder schäd-

lich halten⁴. Die meisten von ihnen arbeiten an Eliteschulen. Gerade diese Lehrkräfte sprechen besonders häufig von ihrer Tätigkeit als Berufung oder Mission. Sie waren auch am ehesten bereit ins Gespräch zu kommen – und rückten dadurch in den Fokus der vorliegenden Untersuchung.

Eine weitere Gruppe von Lehrkräften hat als Reaktion auf die Politik des russischen Staates mit den Füßen abgestimmt: „[In den Schulen] hat sich das Klima verändert – von einer ruhigen, mehr oder weniger freundlichen, nicht aggressiven Atmosphäre hin zu einer sehr toxischen und aggressiven. <...> Deshalb fliehen die Lehrkräfte aus den Schulen, sie gehen, sie wollen dort nicht mehr arbeiten“. Diese Lehrkräfte gehören zur Gruppe der „Ehemaligen“. Für ältere Kolleg:innen war die zunehmende Giftigkeit des Schulumfelds ein zusätzlicher Anstoß, in den Ruhestand zu gehen. Jüngere wechselten in die private Nachhilfe, suchten sich andere Tätigkeitsfelder oder verließen das Land. Für einige nicht linientreue Lehrkräfte, die als „Illoyale“ bezeichnet werden, war der Abschied von der Schule allerdings nicht freiwillig: „Es begann eine regelrechte Jagd auf die „Illoyalen“, – eine Hexenjagd. Auch ich wurde als illoyal eingestuft. <...> Im Grunde war ich drei Jahre lang angestellt, ohne etwas zu tun. Man konnte mich einfach nicht entlassen. Also bekam ich keine Unterrichtsstunden mehr, aber das Gehalt wurde weitergezahlt – einfach nur, weil ich da war.“

Formen des Widerstands

Die Studie hat gezeigt, dass die „Oppositionellen“ recht einfallsreich sind, wenn es darum geht, zwischen der Charydis staatlicher Repressionen wegen freier Meinungsäußerung und der Skylla moralischer Selbstverleugnung zu manövrieren. Zwei Hauptformen des Widerstands konnten festgestellt werden: kollektiver Widerstand als „belagerte Festung“ – und ein individueller Rückzug als – „Freund unter Feinden“. In diesem Bericht stellen wir das prägnanteste Beispiel für eine **kollektive Taktik** vor.

„An unserer Schule... was machen wir? Wir tun das, was wir für richtig halten, was unserer Meinung nach getan werden muss. Und das dringt nach außen nicht durch.“

⁴ Besonders viel Unmut rufen die ständig wechselnden Vorgaben hervor, die von den regionalen Bildungsbehörden an die Lehrkräfte herangetragen werden: „Jedes Jahr kommt ein anderes Lehrprogramm. Manchmal wird es sogar mehrmals im Jahr geändert. Alle Lehrkräfte sitzen wie die Verrückten und korrigieren immer wieder ihre so genannte KTPs – Kalender- und Themen-Pläne für die Lehre, damit es passt. <...> Beim Ausfüllen des Klassenbuchs wird dann alles aus dem KTP einfach abgeschrieben, egal, was tatsächlich unterrichtet wurde.“ Ein weiteres Problem für die Schule ist der Unterricht im Fach „Grundlagen der Sicherheit und Verteidigung des Vaterlandes“ (GSVV). Das Hauptziel dieses Fachs besteht in der Vorbereitung auf den Militärdienst. Schulen sind verpflichtet, diesen Kurs anzubieten. Eine Person hat jedoch berichtet, dass an ihrer Eliteschule dieses Fach nicht unterrichtet wird: „Es ist ein großes Risiko. Wir sind verpflichtet, eine GSVV-Lehrkraft zu haben. Und damit man uns bloß keinen Kriegsteilnehmer als Lehrkraft schickt, haben wir eine Lehrerin, die eine Lehre im GSVV-Kurs macht. Ihr wird dabei übel, sie ist völlig überfordert und aufgelöst – aber sie hält tapfer durch, denn wir brauchen jemanden mit einem offiziellen Zertifikat als GSVV-Lehrkraft“.

Unter den Befragten waren Lehrer:innen von Eliteschulen, an denen traditionell eine enge Gemeinschaft Gleichgesinnter mit einer ähnlichen politischen Einstellung besteht. Dies liegt daran, dass diese Schulen ihr Personal sorgfältig nach Kriterien auswählen, die von den Mitarbeiter:innen mitgetragen und von der Schulleitung unterstützt werden. **Entscheidend ist dabei die politische Haltung der Schulleitung.**

„Ich würde ja auch nicht einfach an irgendeiner Schule arbeiten. Berufung hin oder her, aber... <...> [Expertinnen] gehen dorthin, wo die Schulleitung gute Arbeitsbedingungen schafft.“

Als gute „Arbeitsbedingungen“ wurden Situationen beschrieben, in denen unter dem Schulpersonal gegenseitiges Vertrauen herrscht und akute politische Fragen offen diskutiert werden.⁵ Die Schulleitung schützt dabei freies Denken und bespricht gemeinsam mit dem Personal taktische und strategische Pläne in allen Bereichen des Schulalltags.

Lehrkräfte, die sich von der Schulleitung unterstützt fühlen, müssen sich in der Regel nicht allzu sehr um politische Zurückhaltung sorgen: „Ich unterrichte genau so, wie ich immer unterrichtet habe, ich habe nichts geändert. Wenn die Lage im Land eine andere wäre, ganz gleich wie, würde ich dasselbe unterrichten“. Es lässt sich jedoch nicht behaupten, dass Lehrkräfte einfach „tun, was sie wollen“. In den Interviews wurden häufig Praktiken der Selbstzensur⁶ oder nonverbalen Meinungsäußerung thematisiert.⁷

In der heutigen Eliteschule ist *Doppeldenk* der wichtigste Schutzmechanismus. Fast alle Gesprächspartner:innen erwähnten, dass Schulen den staatlichen Behörden gegenüber formell Bericht erstatten müssen – gemäß den vom Staat festgelegten Vorgaben. In den offiziellen Berichten wird eine Realität simuliert, in der sämtliche staatlichen Vorgaben strikt eingehalten werden. Was tat-

⁵ Aber auch an Eliteschulen kommen vereinzelt „Fremde“ vor, und „die Kinder verstehen sofort alles, denn schon ihre Art der Kommunikation ist anders. Einfach anders, weil sie ein anderes Wertesystem im Kopf haben“. In Anwesenheit solcher Lehrer:innen versucht man, politische Themen lieber nicht anzusprechen.

⁶ Besonders große Schwierigkeiten haben oppositionell eingestellte Klassenlehrer:innen, die die sogenannten „Gespräche über Wichtiges“ durchführen müssen – eine außerschulische Aktivität, die an allen Schulen und in allen Klassenstufen eingeführt wurde und auf die Indoctrination von Patriotismus und „traditionellen Werten“ abzielt: „Nach außen hin zeigen wir, dass wir alle Erwartungen erfüllen. Innerlich haben wir Angst vor Denunziationen, denn die Gespräche über Wichtiges finden in allen Klassen statt, auch bei den jüngeren Kindern <...> Und die Kinder können immer den Mund aufmachen und etwas Falsches sagen, ohne etwas Schlechtes machen zu wollen, ohne jemanden verletzen zu wollen und überhaupt ohne zu verstehen, was sie sagen. Und Eltern sind anders. Deshalb tun wir bei fast allen Themen irgendwie vorsichtig so, als ob wir das Thema so verstanden hätten, und suchen uns eigene entsprechende Materialien aus...“

⁷ Sie können Intonation und Mimik einsetzen: „Also, ich erzähle, was in der Verfassung steht, – und selbst wenn ich bestimmte Begriffe nicht verwende (was ich durchaus tue), kann man mir schon am Gesicht ablesen, was ich von den Verfassungsänderungen im Jahr 2020 halte, was ich über bestimmte Details denke, über das Verfassungsgericht, über die Befugnisse des Präsidenten. <...> Aber ich bin vorsichtig – klug und vorsichtig. Ich mache meine Haltung deutlich, aber so, dass man mir daraus keinen Strick drehen kann.“

sächlich geschieht, wird geschickt von der formalen Kontrolle verborgen. Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, dass die zuständigen staatlichen Beamten:innen selbst wenig Interesse daran haben, hinter die Fassade zu blicken und zu erkennen, was in den Schulen tatsächlich geschieht.

Wie die meisten Lehrer:innen, verfolgen auch die Beamten:innen der Schulaufsichtsbehörde die Taktik „mach dich unsichtbar“. Sie nutzen das gute Bild, das von der Schule geschaffen wird, um die Situation gegenüber ihren eigenen Vorgesetzten in einem günstigen Licht darzustellen. Um herauszufinden, was sich hinter diesem Bild verbirgt, sind nicht nur Fähigkeiten und Zeit erforderlich, sondern auch ein ausgesprochener Willen dazu, den die meisten ohnehin stark überforderten Beamten:innen nicht haben.

„Außerdem gibt es [unter den Schulin spektor:innen] Leute mit ganz normalen Ansichten; sie verstecken ihre Ansichten zwar, damit es nicht auffällt, aber man merkt es trotzdem. Dann gibt es Leute, die keine eigene Haltung haben, die sagen: Wir sind nur kleine Leute, lasst uns das einfach abhaken und darüber vergessen, damit wir unsere Ruhe haben, und das war's.“

„Ihnen geht es letztlich um Ergebnisse – verstehen Sie, ja? Den Eltern genauso wie unseren Beamten. Welche Noten die Kinder bekommen, <...> wie wettbewerbsfähig sie im Vergleich zu ihren Mitschüler:innen sind. Welche Leistungen sie erzielen, wie ihre Abschlusszeugnisse ausfallen, ob sie an einer Hochschule studieren können und so weiter. Und für interne Angelegenheiten interessiert sich eh niemand <...> Wir werden so [gut] behandelt, weil wir auch der bürokratischen Leitung eine gewisse Dividende einbringen. Grob gesagt, hängt die Prämie eines Verwaltungsleiters davon ab, wie viele Schulwettbewerbsgewinner es in seinem Bezirk gibt, wie die Prüfungsergebnisse ausfallen und so weiter.“

Und selbst bei aus Sicht des Staates schwerwiegenden „Vergehen“ des Lehrerpersonals, wie z. B. dem Unterschreiben von Antikriegsbriefen, war die Macht der Kreisverwaltung mit einer mündlichen Beschwerde bei der Schulleitung begrenzt: „Na, da sollten Sie mal mit dem Kollektiv sprechen, damit die sich nicht so auffällig verhalten!“

Die Befragten legten zwar keinen besonderen Schwerpunkt auf Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit den Kontrollbehörden, jedoch unterstrichen sie die Bedeutung der „korrekt“ ausgefüllten Unterlagen:

„In den Unterlagen, die wir nach außen zeigen, stimmt bei mir alles mit der offiziellen Linie überein. Ich habe einen Lehrplan, der mit dem Schulbuchprogramm übereinstimmt... einschließlich Autoren aus der Liste des Bildungsministeriums. <...> Ich mache eine Unterrichtsplanung – mit Seitenzahlen, mit Absätzen, mit Hausaufgaben – und all diese Papiere sind in einem Ordner, wie es sich gehört, so dass die Inspektion jederzeit gerne kommen und prüfen kann, dass es korrekt ist.“

An Eliteschulen müssen die Lehrkräfte in der Regel die ständig wachsende bürokratische Berichterstattung nicht machen. Die Befragten sagten, dass ihre Schulen ganze Abteilungen eingerichtet haben, die sich mit der auferlegten „sinnlosen Arbeit“ befassen: „Wir haben eine Person, die für die Dokumente [die an die Aufsichtsbehörden geschickt werden] verantwortlich ist. <...> Von wegen, wir machen alles, wir meckern nicht, <...> während wir weiterhin so arbeiten, wie wir es für richtig halten“.

Mehrere Gesprächspartner:innen berichteten, dass beispielsweise das neue einheitliche staatliche Lehrbuch für russische Geschichte von Medinsky und Torkunov (2023) zu Berichtszwecken angeschafft wurde, jedoch nur um es abzuhaken. Ein Gesprächspartner berichtete, dass pro Klasse jeweils ein Lehrbuch angeschafft wurde, während die Schüler:innen andere von den Lehrkräften empfohlene Literatur lesen (darunter auch ein Buch der zeitgenössischen US-Historikerin Sheila Fitzpatrick, die auf der Sowjetunion spezialisiert ist): „Das offizielle Lehrbuch <...> von Medinsky <...> liegt im Keller, aber es gibt ein anderes Handbuch, mit dem man arbeiten kann“.

Die befragten Lehrkräfte der Eliteschulen verfolgten nicht das Ziel, oppositionelle Haltungen bei den Schüler:innen zu fördern, sondern wollten kritisches Denken anregen. Diskussionen über aktuelle politische Ereignisse wurden dabei möglichst vermieden: „Wir geben doch keine Noten für richtige oder falsche Ansichten, um Gottes Willen! Das heißt: Ganz gleich, welche Ansichten du hast – wenn du in der Lage bist, sie vernünftig darzustellen und damit etwas zu untermauern, dann – gut gemacht...“. In privaten außerschulischen Gesprächen hingegen sprechen die Lehrer:innen mit den Schüler:innen ganz offen über alles.

Bezüglich möglicher Denunziationen (über solche Fälle wird häufig im Internet berichtet) erklärten die Befragten, dass sie dieses Risiko zwar im Hinterkopf behalten, es in ihrer Praxis bislang jedoch nicht erlebt haben. Nur ein Fall wurde uns geschildert: Ein Schüler, der wegen einer

schlechten Note verärgert war, berichtete seinen Eltern von angeblich illoyalen Äußerungen eines Lehrers. Die Eltern beschwerten sich daraufhin bei der Schule über die politische Unzuverlässigkeit des Lehrers. Die Schulleitung hat jedoch diese Sache unter der Hand abgetan und wies lediglich den Lehrer auf mangelnde Vorsicht hin.⁸ Normalerweise werden alle Probleme solcher Art von der Schulleitung geregelt und nicht nach außen getragen: „Wozu ist sonst die Schulleitung da? Sie ist unter anderem ein Puffer zwischen dem Lehrpersonal <...> und den Eltern, denen verschiedene Dinge nicht gefallen.“

Im kollektiven Szenario fühlen sich Lehrkräfte frei genug, um ihren Unterricht nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, müssen dabei jedoch akzeptieren, dass einige ihrer Schüler:innen die einheitliche Staatsprüfung ablegen werden, – eine Prüfung, bei der die „richtigen“ Antworten vom Staat vorgegeben werden:

„Wir erklären den Kindern ganz gezielt, dass es eine adäquate Sichtweise auf bestimmte Prozesse gibt – und genau diese wird in der Schule vermittelt <...> Außerdem muss man sich eben die nötigen Häkchen verdienen, um weiterstudieren zu können. Deshalb soll man an dieser Stelle so schreiben – fragt mich nicht, warum genau. <...> Wir schreiben es eben so, und dann vergessen wir es – und das war's! Und wir machen das ganz bewusst.“

Der Pessimismus unter den oppositionellen Lehrer:innen veranlasste einen der Befragten zu folgendem Eingeständnis: „Wir bereiten die Kinder darauf vor, dass sie das Land verlassen sollten. Wir schaffen in der Schule einen Ort, an dem man noch man selbst sein kann, gewissermaßen. Im Großen und Ganzen fühlen wir uns inzwischen wie eine belagerte Festung.“ Wie viele andere Lehrer:innen glaubt auch diese Person nicht an grundlegende Veränderungen des Regimes in absehbarer Zeit und hält das oben beschriebene Bewältigungsszenario für nicht tragfähig: „Ich glaube nicht, dass das alles unter den derzeitigen Bedingungen lange halten kann. <...> ... im Moment hängt alles an einem so dünnen Faden, und es ist so sehr von einzelnen Menschen abhängig, Gott segne sie, dass ... alles ist sehr stark gefährdet..“ Die Metapher „belagerte Festung“ passt daher perfekt für die Beschreibung jener Eliteschulen, an denen sich ein kollektiver Widerstand gegen den ideologischen Druck des Staates formiert. Ein Lehrer dieser Schule bringt es auf den Punkt: „Verstehen Sie, wir verbergen sorgfältig, dass es uns überhaupt gibt“.

⁸ Wie uns in einem Interview berichtet wurde, wäre das in einer normalen Schule höchstwahrscheinlich ein Grund für Entlassung.

Fazit

Moderne Praktiken zur Bewältigung der bürokratischen Anforderungen im russischen Schulsystem bieten eine anschauliche Illustration des von James Scott beschriebenen Phänomens der „Waffen der Schwachen“: Es gibt Schulen, die „gehorchen, aber nicht entsprechen. Im Fall einer solchen Unterordnung wird der Wille, die Erwartungen oder Anweisungen der Vorgesetzten zwar formal akzeptiert – doch man beeilt sich nicht, sie umzusetzen, oder führt sie nur teilweise aus.“

Die vorliegende Studie zeigt, dass die seit der Sowjetzeit bekannte Praxis des Doppeldenkens in den Schulen eine zentrale Rolle spielt. Nach der Stalinzeit entwickelten sich in der UdSSR zwei parallele Realitäten: Einerseits wurde das Leben weitgehend durch Gewohnheitsrecht geregelt, also durch alltäglich (re)produzierte informelle Regeln, die weder speziell festgelegt noch kontrolliert wurden, aber dennoch als verbindlich galten. Andererseits existierten in der offiziellen Öffentlichkeit formale Regeln, deren Einhaltung vom Staat streng überwacht wurde. Letztere verlangten, die „richtigen“ Worte zu sagen und sich loyal zum Staat zu bekennen.

Außerhalb der offiziellen Öffentlichkeit war es möglich, ungestraft Dinge zu tun, die aus Sicht des formalen Rechts verboten war, hier musste man keine Linientreue zeigen. Entscheidend war, in der offiziellen Öffentlichkeit nicht das zu sagen oder zu tun, was nach den informellen Regeln als zulässig galt. So durfte man etwa in einer offiziellen Sitzung des Arbeitskollektivs nicht äußern, was man im privaten Kreis, in der eigener Küche offen sagen konnte. Die Grenze zwischen diesen beiden Kommunikationsräumen musste präzise erkannt werden, um rechtzeitig zwischen den jeweiligen Regelsystemen wechseln zu können.

Bewusst oder unbewusst vermitteln nun Lehrende ihren Schüler:innen genau jenes Doppeldenken, das sie selbst verinnerlicht haben. So wird den Schüler:innen beigebracht, *sich auf das „Erwachsenenleben“ vorzubereiten* (was ja auch zu Aufgaben der Schulbildung gehört). Auf die Frage, ob das eine Erziehung zum Doppeldenken ist, antwortete einer der Befragten treffend: „*Nun ja, ich glaube, mehr oder weniger besteht heute die gesamte schulische Bildung in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern genau darin. Vielleicht lässt sich Chemie noch ohne Rückblick unterrichten – aber alles andere ist buchstäblich Unterricht im Doppeldenken.*“

Sowjetisches Doppeldenken, wo das Gewohnheitsrecht über das kodifizierte Recht dominierte, verschwand zwar in den 1990er Jahren so gut wie vollständig, hatte jedoch weiterhin Einfluss auf das Alltagsverhalten der Menschen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ignorieren Schulen in ihrer Praxis die meisten Anweisungen von oben, – unabhängig von der ideologischen Ausrichtung der jeweiligen Schulleitung. Wie schon in der Sowjetzeit werden Be-

richte für Bildungsbehörden aufgeputzt, denn das Schicksal der Untergebenen ist eng mit dem ihrer Vorgesetzten verknüpft. Was in den Schulen tatsächlich geschieht, entgeht der Aufmerksamkeit der übergeordneten Stellen oder interessiert sie schlicht nicht. Bis ein Bericht die oberen Ebenen der Verwaltung erreicht, ist er auf jeder Hierarchiestufe so stark geglättet worden, dass er keinerlei Rückschlüsse mehr auf die tatsächlichen Verhältnisse an den Schulen zulässt.

Selbst wenn Mitarbeitende der Bildungsbehörden Schulen zu Kontrollzwecken besuchen wollten, wäre dies aufgrund des Personalmangels und der enormen bürokratischen Arbeitsbelastung nur selten möglich. All das schafft günstige Voraussetzungen für die Schulen, um die Anforderungen ihrer Vorgesetzten zu ignorieren. Selbst linientreue Schulleitungen müssen mit der Eigenwilligkeit oppositioneller Lehrkräfte leben, die sich weigern, ideologischen Unterricht durchzuführen, oder ihre Haltung offen zum Ausdruck bringen. Zum einen ist die Schulleitung nicht daran interessiert, Konflikte nach außen zu tragen, zum anderen erlaubt der Lehrkräftemangel den oppositionellen Lehrer:innen eine gewisse Form der „Erpressung“.

Quellenverzeichnis

Natalia Zotova. 2023. Denunziationen, militärische Ausbildung, Heldenschreibtische. Wie sich russische Schulen seit dem Beginn der Invasion in der Ukraine verändert haben. 10. Mai 2023. <https://www.bbc.com/russian/features-65474892>

Natalia Zotova, Maria Kiseleva. 2023. Lehrkräfte nicht für Russland: Wie Lehrer:innen in der Emigration leben. 7. Januar 2023. <https://www.bbc.com/russian/features-64185570>

Andrej Kolesnikow. 2024. Intellektuelle Gewalt: Überwachen und zeigen. Wie die Ideologie des Putinismus in die Bildung eindringt. 20. Juni 2024. <https://carnegieendowment.org/research/2024/06/russia-putinism-ideology-violence?lang=ru¢er=russia-eurasia>

Maria Inkina. 2023. Politik kam in die Schule und sagte: „Ich erkläre euch jetzt, was richtig ist“. 20.01.2023 16:48. The Vyshka. <https://thevyshka.ru/30831-patrioticheskoye-vospitaniye/>

Lehrkräfte zwischen **Skylla und Charybdis**



In den letzten Jahren hat das russische Schulbildungssystem tiefgreifende Veränderungen erfahren, insbesondere in den Geisteswissenschaften. Seit 2014 und verstärkt seit Beginn des großangelegten Krieges gegen die Ukraine hat sich die staatliche Kontrolle über Schulen verschärft – sie werden zunehmend zu Instrumenten der patriotischen Erziehung. Doch trotz des intensiven Drucks reagieren russische Lehrkräfte unterschiedlich auf diese Entwicklungen – von vollständiger Anpassung bis hin zu subtilen Formen des Widerstands.



Das Russland-Programm der Friedrich-Ebert-Stiftung lädt Sie ein, eine von uns im vergangenen Jahr unterstützte Studie kennenzulernen, die sich mit diesen Dynamiken auseinandersetzt. Auf Grundlage von Interviews mit Geschichts- und Sozialkundelehrkräften an russischen Schulen untersucht die Forschung, welche Strategien sie im Umgang mit den neuen Bedingungen entwickeln. Während sich der ideologische Wandel im Bildungssystem weiter vollzieht, gibt es an vielen Schulen noch immer Freiräume, in denen Lehrkräfte Wege finden, zwischen offiziellen Vorgaben und tatsächlichen Bildungszielen zu navigieren. Wie genau das gelingt und welche Überlebensstrategien Pädagog:innen entwickeln, zeigt diese Untersuchung.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

↗ fes.de